

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
174 · Ausgabe AG · Februar 2018



JA ZUR FINANZORDNUNG 2021

Das Recht des Bundes, die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer zu erheben, ist seit je immer nur befristet bewilligt worden. Die aktuelle Frist läuft Ende 2020 aus. Damit der Bund diese beiden Steuern weiterhin erheben kann, braucht es eine Verfassungsänderung, die mit der «Neuen Finanzordnung 2021» angestrebt wird. Diese Vorlage gibt keine Steuertarife vor, sondern beantwortet lediglich die Grundsatzfrage, ob der Bund – wieder befristet, diesmal bis Ende 2035 – das Recht hat, die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer zu erheben. Bei einer allfälligen Ablehnung dieser «Neuen Finanzordnung 2021» würden die Einnahmen des Bundes um rund zwei Drittel sinken. Damit könnte der Bund einen erheblichen Teil der Leistungen, die er heute erbringt, nicht mehr finanzieren.

Die «Neue Finanzordnung 2021» wurde im National- und Ständerat einstimmig angenommen und ist somit eigentlich unumstritten. Widerstand regt sich lediglich aus denselben libertären Kreisen, die auch hinter der Lancierung der «No-Billag-Initiative» stehen. Grundsätzlich bezeichnen sie jede Gebühr oder Steuer als Diebstahl am Volk. Tatsächlich sind sie aber radikale Markt fetischisten, die die staatlichen Leistungen an Private auslagern und den Staat als solchen abschaffen möchten.

Darum: Ja zur Finanzordnung 2021!

Jonas Hasenfratz von Muri ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.



Keine Einschränkung durch No Billag zulassen!

DIE NO-BILLAG-INITIATIVE IST EIN ANGRIFF AUF ERRUNGENSCHAFTEN, DIE FÜR MENSCHEN MIT EINER SINNESBEHINDERUNG VON GROSSER BEDEUTUNG SIND. AUCH DESHALB STEHEN DIE BEHINDERTENORGANISATIONEN ENGAGIERT FÜR EIN NEIN ZUR INITIATIVE EIN.

Pascale Bruderer von Nussbaumen ist Aargauer SP-Ständerätin



Wenn wir am 4. März über die No-Billag-Initiative abstimmen, dann betrifft dies den Alltag und das Medienangebot von sehr vielen Menschen. Einige davon sind aber besonders betroffen, denn für Menschen mit einer Sinnesbehinderung würde der Zugang zu politischen Informationen auf einen Schlag massiv eingeschränkt.

Die SRG bereitet einen grossen Teil ihrer Sendungen so auf, dass auch Menschen mit einer Sinnesbehinderung Zugang dazu haben. Die Verpflichtung, barrierefrei zugängliche Sendungen anzubieten, wurde 2004 im Rahmen der Totalrevision in das Radio- und Fernsehgesetz aufgenommen. Seither hat die SRG ihre barrierefrei aufbereiteten Sendungen kontinuierlich erhöht, und gemäss aktueller Vereinbarung ist bis 2022 eine weitere Steigerung vorgesehen: 80

Prozent der TV-Sendungen sollen bis dann untertitelt, 900 Stunden Sendungen mit Audiodeskription versehen werden. Letzteres sind «Hörfilme», bei denen das bewegte Bild laufend erläutert wird. Diese Angebote erlauben blinden und sehbehinderten sowie gehörlosen und schwerhörigen Menschen einen möglichst gleichberechtigten Zugang zum TV-Angebot.

Namentlich die Informationssendungen haben eine zentrale Bedeutung für die politische Meinungsbildung: Für blinde Bürgerinnen und Bürger sind qualitativ hochstehende Radiosendungen wie das «Echo der Zeit» wichtige Informationsquellen. Die Tagesschau in Gebärdensprache wiederum erfreut sich bei gehörlosen Personen grosser Beliebtheit.

Der Zugang zu den Medien im Allgemeinen sowie zur politi-

schen Information im Speziellen ist eine völkerrechtliche Pflicht, welche die Schweiz mit der Ratifizierung der UNO-Behindertenrechtskonvention eingegangen ist. Sendungen, welche dies auch für Menschen mit Sinnesbehinderungen sicherstellen, sind allerdings nicht rentabel und deshalb auf eine öffentliche Finanzierung angewiesen. Genau diese Grundlage will die No-Billag-Initiative jedoch streichen! Das würde den Alltag sehr vieler Menschen betreffen, jene mit einer Sinnesbehinderung jedoch noch stärker als manch andere.

Als Präsidentin von Inclusion Handicap empfehle ich gemeinsam mit den Behindertenorganisationen, die No-Billag-Initiative abzulehnen. Machen wir von unserer Stimme Gebrauch und sagen wir aus Überzeugung Nein!

Pascale Bruderer hat am Parteitag vom 25. Januar 2018 bekannt gegeben, dass sie 2019 nicht mehr zu den Ständeratswahlen antritt und dass sie nach Ende der Legislatur nicht mehr politisch tätig sein will. Die SP respektiert den Entschluss ihrer Ständerätin, bedauert diesen aber auch sehr. Über die neue Situation für die nächsten Ständeratswahlen wird die Parteileitung bis im Sommer die Parteimitglieder und die Öffentlichkeit informieren. Die SP Aargau dankt jetzt schon Pascale Bruderer für ihre grosse politische Arbeit und für ihren Einsatz für diejenigen, die noch mehr kämpfen müssen als andere.

KOMMENTAR



«Weil ohne Basis nichts geht!»

Am 20. Januar 2018 fanden sich knapp 60 Genossinnen und Genossen zur Starttagung der Fachausschüsse im Bullingerhaus in Aarau ein. Nach dem Aufruf zur Wiederbelebung der Fachausschüsse in links.ag 171 vom September 2017 hatten sich zahlreiche Mitglieder für die Arbeit in unseren acht Fachausschüssen (Asyl und Migration, Bildung, Energie, Gesundheit und Soziales, Justiz und Sicherheit, Kultur und Sport, Siedlungsentwicklung, Verkehr, Natur und Landschaft und Wirtschaft und Finanzen) angemeldet.

Chantal Gahlinger von der SP Schweiz sprach über die Bedeutung der Basis und gab einen kurzen historischen Rückblick in die Geschichte der SP und der Bewegung. Unsere Basis ist breit – laut, bunt, kreativ, aus allen (Lebens-) Bereichen, Altersgruppen, Nationalitäten. Sie ist verteilt auf 30 000 Mitglieder in 27 Kantonalparteien und 900 Sektionen, die durch die sozialdemokratischen Werte und Interessen verbunden sind.

Euer freiwilliges Engagement ist der Grundpfeiler unserer politischen Arbeit!

An dieser ersten Tagung wollten wir vor allem Ideen zu Themen und Arbeitsbereichen sammeln und die die weitere Zusammenarbeit koordinieren und organisieren. Beim Vorstellen der Ergebnisse im Plenum wurden schnell gemeinsame Ansätze deutlich. Mit der Belegung der Fachausschüsse soll unsere Politik zukünftig von eurem Wissen, euren Themen und Positionen geprägt werden – weil ohne Basis nichts geht! Falls Du Interesse an der Mitarbeit in einem Fachausschuss hast, kannst du dich jeder Zeit unter <https://www.sp-aargau.ch/partei/fachausschuesse/> informieren und anmelden. Oder einfach per Telefon (062 834 94 76) oder Mail (julia.hoppe@sp-aargau.ch).

Julia Hoppe von Herznach ist politische Sekretärin der SP Aargau.

Nein zu diesem Stipendiengesetz!

WEIL DER AARGAU 2014 DEM INTERKANTONALEN STIPENDIENKONKORDAT BEIGETRETEN IST, MUSS ER IN SEINEM STIPENDIENGESETZ EINIGE ANPASSUNGEN ZUGUNSTEN DER STUDIERENDEN VORNEHMEN. LEIDER KOMPENSIERTE DER REGIERUNGSRAT DIE NOTWENIGE ERHÖHUNG DER HÖCHSTBEITRÄGE FÜR DIE STUFE SEK II VON 10 000 AUF 12 000 FRANKEN MIT EINER SENKUNG DER HÖCHSTBEITRÄGE FÜR DIE TERTIÄRSTUFE VON 17 000 AUF 16 000 FRANKEN. DER GROSSE RAT HAT NUN MIT DEM SOGENANTEN SPLITTINGMODELL EINE WEITERE MASSIVE VERSCHLECHTERUNG INS GESETZ EINGEBAUT, WESWEGEN DIE SP DAS BEHÖRDENREFERENDUM ERGRIFFEN HAT UND DIE GESETZESVORLAGE BEKÄMPFT.

Thomas Leitch
von Wohlen ist
SP-Grossrat.



Mit dem Splittingmodell soll künftig eine Ausbildung an einer Universität, Fachhochschule, pädagogischen Hochschule oder höheren Fachschule vom Kanton nicht wie bisher vollständig in Form eines Stipendiums unterstützt werden, sondern neu sind zu zwei Drittel ein Stipendium und zu einem Drittel ein rückzahlpflichtiges Darlehen vorgesehen. Das bedeutet, dass der Höchstansatz eines Stipendiums für die erste Ausbildung auf Tertiärstufe neu jährlich nur noch 10 667 statt wie bisher 17 000 Franken beträgt. Wer vier Jahre studiert, steht also am Ende des Studiums vor einem Schuldenberg von über 25 000 Franken. Auch Studierende der nicht universitären höheren Fachschulen im Aargau sind betroffen. Dort stellen die Studierenden im Pflegebereich (HFGS) die grösste Gruppe.

Die vermeintliche Einsparung von 2,4 Millionen Franken wird sich in Luft auflösen.

Unsozial und wirkungslos

Es widerspricht klar der Chancengerechtigkeit, wenn sich Menschen aus finanziell bescheidenen Verhältnissen für ihre Ausbildung verschulden müssen. Die vermeintliche Einsparung von 2,4 Millionen Franken wird sich in Luft auflösen, denn Erfahrungen aus den wenigen Kantonen, die das Split-

tingmodell kennen, zeigen, dass viele Studierende eine längere Studiendauer in Kauf nehmen und zur Finanzierung des Studiums eine umfangreiche Nebenerwerbstätigkeit ausüben, statt sich zu verschulden. Eine längere Studiendauer führt jedoch zu höheren interkantonalen Beiträgen des Aargaus an die Hochschulen. Zudem zeigt der Bildungsbericht Schweiz 2014 auf, dass eine Erwerbstätigkeit während des Studiums das Risiko eines Studienabbruchs erhöht. Das können wir uns nicht leisten!

Aargau wieder als Schlusslicht?

Der Stipendienaufwand des Kantons Aargau liegt bereits heute unter den gesamtschweizerischen Durchschnittswerten. Mit der Einführung des Splittingmodells, das keine nachhaltige Einsparung bringt, würde der Aargau im Stipendienwesen künftig den letzten Platz aller Kantone belegen. Welches Armutszeugnis für einen grossen Mittellandkanton! Auch wenn der Gedanke der Solidarität in unserer Gesellschaft momentan häufig in den Hintergrund gerückt wird, so gilt es doch daran zu erinnern, dass Solidarität ein Grundpfeiler unseres demokratisch aufgebauten Staatswesens ist. Stipendien stellen einen wichtigen Teil einer ganzheitlichen Bildungspolitik dar. Das Stipendienwesen muss deshalb weiterhin in der Lage sein, die Ausbildungsbereitschaft und Chancengleichheit zu fördern und zur Wettbewerbsfähigkeit des Landes beizutragen.



JUSO-Petition gegen Stipendiengesetz eingereicht.

Bericht aus Dachau

AM WOCHENENDE DES 11. NOVEMBERS BESUCHTE EINE DELEGATION DER SP BEZIRK BREMGARTEN DIE GEDENKSTÄTTE DES EHEMALIGEN KONZENTRATIONSLAGERS IN DACHAU. ES GING UM DAS GEDENKEN AN DIE OPFER DES NATIONAL-SOZIALISMUS.

Sandro Covo von Jonen ist Co-Präsident JUZO Aargau und Vorstandsmitglied der SP Bezirk Bremgarten.



Ein Dachau-Gefangener war Leopold Obermeyer. Der Schweizer Staatsbürger wurde 1934 unter dem Vorwurf der Spionage und Verbindungen zur KPD in Schutzhaft genommen. Als im Zuge der Verhaftung seine Wohnung durchsucht wurde, fanden die Ermittler Fotos, die auf die Homosexualität Obermeyers hindeuteten. Aufgrund dieser wurde er vor Gericht gestellt, und es wurde gegen den Bekanntenkreis von Obermeyer ermittelt.

Am 12. Januar 1935 wurde er ins KZ Dachau gebracht, wo er 21 Monate lang gefoltert und verhört wurde. Obwohl die Schweizer Behörden von der Verhaftung wussten, unternahmen sie nichts, um Obermeyer zu helfen. Sie befürchteten diplomatische Schwierigkeiten und sahen keinen Grund, sich für einen Kommunisten einzusetzen. Nach der Zeit in Dachau wurde Obermeyer in andere Gefängnisse und Konzentrationslager verschoben, bis er 1943 im KZ Mauthausen starb.

Dies berichtete Hannah Brauchle vom Max Mannheimer Studienzentrum, die uns durch die Gedenkstätte führte. Sie zeigte uns die verschiedenen Stationen, die Gefangene durchlaufen mussten, und erzählte von den Schicksalen verschiedener Opfer.

Historischer Kontext

Das Konzentrationslager Dachau diente während zwölf Jahren der Unterdrückung politischer Gegner, hauptsächlich Gewerkschafter,

Kommunisten und Sozialdemokraten. Aber auch Menschen, die gemäss der Ideologie der Nazis minderwertig und eine Gefahr für die Reinheit der deutschen Rasse waren, also Juden und Fahrende, wurden in Dachau eingesperrt. Im Lager herrschten die Nazis mit brutalster Härte. Um das Lager effizienter zu führen und die grosse Anzahl der Gefangenen besser zu kontrollieren, nutzte die SS Gefangene für Verwaltungs- und Ordnungsaufgaben. Manche dieser sogenannten Funktionshäftlinge missbrauchten ihre Machtposition und quälten ihre Mitinsassen, was in gewissen Fällen bis zur Ermordung führte. Doch es gab auch solche, die ihre Position nutzten, um die Situation innerhalb des Lagers zu verbessern.

Heutige Situation

Das Gelände des ehemaligen Lagers ist heute, nachdem es zeitweise auch als Flüchtlingsunterkunft gebraucht wurde, ein Erinnerungsort und eine bedeutende Gedenkstätte. Es soll ein Mahnmal für die Opfer der NS-Zeit sein und belegen, wozu Menschen fähig sind und wohin Nationalismus und Rassismus führen können.

Momentan erstarken in ganz Europa Parteien, die sich an dieser und weiteren Gedenkstätten stören. Sie wollen eine «Wende» in der Erinnerungspolitik herbeiführen und würden dieses düstere Kapitel gerne aus der Geschichtsschreibung streichen. Wir müssen uns gegen diesen Prozess mit allen Mitteln wehren, um die in einen Gedenkstein gemeisselte Mahnung und Verpflichtung, zu erfüllen: «Nie wieder!»



Vorstand Bezirk Bremgarten in Dachau.

Foto: Hannah Brauchle

Wirtschaftsgebäude des KZ Dachau



Foto: Wolfgang Manousek

KOMMENTAR



Arbeitsgruppe «Inklusion» gegründet

Es war der 27. September 2017, ein ausserordentlicher Parteitag, der in Aarau stattfand. Als Delegierter der SP Bezirk Brugg liess ich die Gelegenheit nicht aus, um an diesem Parteitag teilzunehmen. Das Hauptthema war die «Tatsächliche Gleichstellung». Es gab in diesem Zusammenhang spannende Präsentationen. Der Abend war sehr interessant, nicht zuletzt wegen der Podiumsdiskussion, welche kurz vor Ende des Parteitags ausgetragen wurde.

Am Ende wurden auf Seiten der SP Kanton Aargau noch die verschiedenen Fachausschüsse vorgestellt. Alles war vertreten, ausser einem Fachausschuss, der sich auch der Anliegen der Menschen mit Behinderung annehmen sollte. Für mich als Selbstvertreter in der Behindertenpolitik war es selbstverständlich, dass dieser Fachausschuss unbedingt gegründet werden muss. Dies habe ich dann auch angemerkt. Die Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau war sehr offen und unterstützte meine Idee, und so kam es am 18. Oktober 2017 zum ersten Treffen der Arbeitsgruppe Inklusion, an dem wir über die Wichtigkeit und Anliegen der Gruppe sprachen. Im Weiteren wurden Eckpunkte für die inhaltliche Arbeit als auch für die konkreten Umsetzungsmöglichkeiten besprochen und festgelegt.

Wir werden im neuen Jahr daran arbeiten, dass das Thema Inklusion auch im Aargau Gehör findet und kein Tabuthema bleibt. Unser Ziel ist es, mit der Arbeitsgruppe Sensibilisierungs- und Emanzipationsarbeit zu leisten. Deshalb fordere ich alle Interessierten dazu auf, sich uns anzuschliessen. Denn nur gemeinsam können wir etwas bewegen und den Kanton inklusiver gestalten.

Esad Sadikovic von Birr ist Co-Präsident der SP MigrantInnen Aargau und Gründer der SP-Arbeitsgruppe «Inklusion».

Bei Interesse kann man sich bei mir (es.sadikovic@gmail.com) oder beim Sekretariat der SP Kanton Aargau (sekretariat@sp-aargau.ch) melden. Wir würden uns sehr über Zuwachs freuen.

Keine Bettlersuppe

STÄNDERAT KARL KILLER, NATIONALRAT ARTHUR SCHMID SENIOR, REGIERUNGSRAT RUDOLF SIEGRIST HIESSEN DIE DOMINIERENDEN FIGUREN DER SP AARGAU IN DEN ERSTEN JAHRZEHNEN NACH GRÜNDUNG DER SP AARGAU IM JAHRE 1902. BALD WURDE DIE SOZIALDEMOKRATIE STÄRKSTE KRAFT IM AARGAU. DOCH WIE KAM ES DAZU?

Silvio Bircher von Aarau war SP-National- und Regierungsrat und wirkte von 1970 bis 1976 als Chefredaktor des «Freien Aargauer».



Entscheidend für eine gerechte Sitzverteilung im Parlament war als Folge des Generalstreiks der Wechsel vom Majorz- zum Proporzsystem sowohl beim Bund wie im Kanton. Bei den Nationalratswahlen 1919 wurde die SP mit 28 Prozent stärkste Partei im Aargau und errang drei der zwölf Sitze. Auf ihrer Liste schwangen der Volkswirtschaftler Arthur Schmid, Oberentfelden, der Badener Lehrer Karl Killer und Arbeitersekretär Hermann Müri, Turgi, obenaus. Schmid übernahm danach bis zu seinem Tod 1958 auch die Chefredaktion der 1906 gegründeten SP-Tageszeitung «Freier Aargauer» und prägte als Parteisekretär den Auf- und Ausbau sowie den Kurs der Partei. Diese setzte mittels Volksinitiative den Proporz für den Grossen Rat durch. Statt 18 bei der letzten Majorzwahl wurden 1921 gleich 51 SP-Grossräte gewählt. Die Katholisch-Konservativen (heute CVP) folgten mit 47 Sitzen (zuvor 55), die erstmals antretende Bauern- und Bürgerpartei (heute SVP) erreichte auf Anhieb 46, und die Freisinnigen fielen von 140 auf 43 Mandate zurück.

SP-Einzug in den Regierungsrat

Arthur Schmid war gut organisiert, sonst hätte er diese Aufbauarbeit in der Partei, die Leitung des «frechen Aargauers» (wie der Volksmund die SP-Zeitung oft benannte), das Fraktionspräsidium im Grossen Rat und das Nationalratsmandat nicht gleichzeitig ausüben können. Seine Artikel aus Bern übermittelte er per Post oder diktierte sie direkt am Telefon. Damals fehlten die elektronischen Hilfsmittel. Noch in meiner Chefredaktorenzeit musste eine Korrekturzeile neu gegossen und von Hand in die Zeitungsseite eingefügt werden. So geschah es, dass ich bei den direkt in die Setzmaschine diktierten Kommentaren zur Grossratssitzung aus Zeitgründen manchen leicht holprigen Satz stehen liess. Wie muss es da bei meinem Vorgänger zu- und hergegangen sein...!

Zur Arbeit nach Aarau ging er nur mit dem WSB-Tram, der Druckereichauffeur fuhr ihn oft nachts für Referate an Parteianlässe.

1919 misslang der SP ein erster Versuch, in die fünfköpfige Regierung einzuziehen. Der Präsident des Aargauer Lehrervereins, Karl Killer, verlor gegen den BGB-Mann Albert Studler relativ knapp. Arthur Schmid senior und der aufstrebende, populäre Naturwissenschaftler und Kantonsschullehrer Rudolf Siegrist als Parteipräsident setzten sich zunächst gemeinsam für einen Verzicht zur Regierungsbeteiligung ein, denn man wollte

als stärkste Partei «keine Bettlersuppe» mit nur einem Sitz. 1932 folgte der Parteitag dem Antrag Karl Killers auf eine Teilnahme. Siegrist wurde erster SP-Regierungsrat und blieb es bis 1955, sein Nachfolger war der Oftringer Lehrer Adolf Richner. Erst 1965 zog in einer Kampfwahl als zweiter SP-Vertreter Nationalrat Arthur Schmid junior in die Exekutive ein, nachdem schon zuvor die BGB/SVP zwei Vertreter im Regierungsrat stellte.

Angesichts der kleinen Löhne, der Lücken im Versicherungssystem und mit der Nazi-Bedrohung im Nacken brauchte es Mut und Ausdauer, für soziale Fortschritte einzustehen.

Der Ständeratskandidat mit dem «i-Punkt»

Der Nationalrat und Badener Stadtammann Karl Killer holte 1943 für die SP erstmals einen Ständeratssitz. Er besiegte den FDP-Gegenkandidaten, Regierungsrat Emil Keller, nicht zuletzt mit der zügigen Parole, beim Wählen ja den «i-Punkt» nicht zu vergessen, aber auch wegen seiner Ausstrahlung weit über die SP hinaus. Damit ging die lange Ära einer bürgerlichen Zweiertretung, meist CVP/FDP, zu Ende. Leider nur bis 1948, als Killer verstarb.

Selbstverständlich waren in der SP Aargau neben den erwähnten drei Hauptfiguren unzählige Frauen und Männer in den Sektionen und bei den Leuten im Einsatz, die hier alle eine Erwähnung verdient hätten. Angesichts der kleinen Löhne, der Lücken im Versicherungssystem – AHV wie Arbeitslosengeld fehlten damals – und mit der Nazi-Bedrohung im Nacken brauchte es Mut und Ausdauer, für soziale Fortschritte einzustehen. Dennoch erstarkte die SP auch während des Weltkriegs, erkämpfte 1941 30 Prozent der Stimmen und 58 von 200 Sitzen im Grossen Rat, 1945 sogar 67 Mandate.

Oben las man von drei Männern – und es fehlen Frauen. Endlich konnten diese ab 1971 aktiv politisieren, was der SP neuen Schwung brachte. 1979 zog im Aargau mit Ursula Mauch die erste Frau in den Nationalrat. Für die SP folgten später Doris Stump, Agnes Weber, Yvonne Feri und vor ihr Pascale Bruderer. Dieser gelang es 2011 sogar, seit 1943 zum zweiten Mal für die SP einen Ständeratssitz zu holen. Im Grossen Rat gehörten bald einmal Sonya Schmidt als Präsidentin der SP-Frauen Schweiz und etliche andere zu den langjährig führenden Köpfen. Auch sie alle sind mit ein wichtiger Teil der Aargauer Sozialdemokratie.

AUSSCHREIBUNG PRÄSIDIUM DER SP KANTON AARGAU

Auf den ordentlichen Parteitag vom 9. Juni 2018 tritt das Co-Präsidium der SP Kanton Aargau zurück. Aus diesem Grund wird das Präsidium am Parteitag vom 9. Juni neu gewählt. Mitglieder der SP Kanton Aargau können sich für dieses Amt zur Verfügung stellen.

ANFORDERUNGEN: Das Präsidium der SP Aargau

- verfügt über sehr gute Kenntnisse der kantonalen und nationalen Politlandschaft und kennt auch die Anliegen der Sektionen und Bezirksparteien,
- hat klare politische Ziele und Visionen für die Partei und den Kanton Aargau und Lust, diese umzusetzen,
- verfügt über Führungskompetenz und nimmt die Führung gegenüber den Parteigremien (GL, Parteisekretariat, Parteirat) und der Gesamtpartei wahr,
- muss dank hoher Sozialkompetenz und Kommunikationsfähigkeit in hohem Masse vermittelnd und integrierend wirken,
- vertritt dank hoher Medienkompetenz die Partei glaubwürdig in der Öffentlichkeit,
- ist gut vernetzt in der Politik- und Verbandslandschaft und
- ist belastbar und verfügt über hohe Zeitressourcen (auch abends und an Wochenenden).

Das Präsidium kann entweder aus einem Co-Präsidium mit zwei Personen bestehen oder aus einer Präsidentin / einem Präsidenten mit einem Vize-Präsidium. Die Arbeit wird mit jährlich 14 400 Franken plus 9600 Franken Spesen entschädigt. Bei einem Co-Präsidium wird die Entschädigung zweigeteilt.

Bewerbungen sind bis zum 3. April an sekretariat(at)sp-aargau.ch zu schicken.

Für weitere Informationen und Fragen steht das Sekretariat unter sekretariat(at)sp-aargau oder 062 834 94 74 zur Verfügung.

Atommüll und die Folgekosten

GEMÄSS HEUTIGER GESETZGEBUNG IST EIN ATOMMÜLLTIEFENLAGER NACH DEM VERSCHLUSS NICHT MEHR DEM KERNENERGIEGESETZ (ART. 31 KEG) UNTERSTELLT. DIE VERURSACHER WERDEN DAMIT NACH DEM VERSCHLUSS AUS DER ENTSORGUNGS- UND FINANZIERUNGSPFLICHT ENTLASSEN, UND DIE VERANTWORTUNG GEHT AN DEN STAAT ÜBER. MEINE ÜBERPARTEILICHE INTERPELLATION VOM DEZEMBER 2017 WILL VON DER REGIERUNG WISSEN, WAS DAS BEDEUTET.

Max Chopard-Acklin von Nussbaumen ist SP-Grossrat und Präsident von KAIB «Kein Atommüll im Bözberg».



Mindestens 23,5 Milliarden kosten nach aktuellen Berechnungen der Rückbau der Schweizer Atomkraftwerke und die Entsorgung des Atommülls. Gerechnet wird aber nur bis zum Verschluss des Tiefenlagers nach rund 50 Jahren. Doch auch danach muss die sichere Verwahrung des Atommülls für Jahrtausende gewährleistet sein. Mit Blick auf ein allfälliges Atommülltiefenlager auf Kantonsgebiet wirft die Interpellation daher die Frage auf, ob und in welchem Umfang aufgrund der heutigen

Gesetzgebung auf den Standortkanton oder die Standortgemeinden nach dem Verschluss eines Tiefenlagers zusätzlich zu den allgemeinen Sicherheitsrisiken auch finanzielle Risiken zukommen könnten. Wer trägt die Kosten für die fachliche und technische Überwachung nach dem Verschluss eines Tiefenlagers: der Bund alleine? Ein Kostenteiler Bund/Kanton oder mit weiteren Akteuren? Alarmiert durch die Erfahrungen mit der Sondermülldeponie in Köliken stellt die Interpellation auch die Frage, wer die Sanierungskosten trägt, falls es nach dem Verschluss eines Tiefenlagers zu Problemen kommen sollte und wie der Kostenteiler im Falle einer milliardenteuren Rückholungsaktion aussähe. Hier ist die Interpellation abrufbar: www.ag.ch/grossrat/grweb/de/195/Detail%20Geschäft?ProzId=3679654

Einer Demokratie nicht würdig

SEIT DEZEMBER SIND WIR IM VERNEHMLASSUNGSPROZESS ZUM «SACHPLAN GEOLOGISCHE TIEFENLAGER, ABSCHLUSS ETAPPE 2», UND ES IST AN DER ZEIT, ES WIEDER EINMAL KLAR ZU MACHEN: DIE ATOMMÜLLPOLITIK IN DIESEM LAND UND IN UNSEREM KANTON IST EINER DEMOKRATIE NICHT WÜRDIG.



Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin, Co-Präsidentin der SP Aargau und Vorstandsmitglied KAIB.

Verfahrenskritik ist nicht nur angebracht, sondern dringend nötig: Fragen stellen, die Antworten genau analysieren und in der Öffentlichkeit diskutieren. Darum stellen Grossrätinnen und Grossräte aus verschiedenen Fraktionen – alles auch KAIB-Mitglieder – in einer Interpellation verschiedene Fragen.

Der Regierungsrat will im Grundsatz kein Tiefenlager im Aargau. Wir wollen wissen, wie er sich diesbezüglich endlich aktiv einbringt. Bekanntlich sprechen verschiedene geologische Risiken (tektonische Störungszonen, Quell- und Thermalgewässer) gegen ein Tiefenlager atomarer Abfälle im Bözberg. Wie fliessen diese Risiken in die Bewertung des Kantons Aargau ein, fragen wir den Regierungsrat. Das Bundesverfahren ist mit

einem Defizit belastet, da ein direktdemokratisches Vetorecht für die direktbetroffene Bevölkerung vor Ort nicht vorgesehen ist. Wie der Regierungsrat gedenkt, den Miteinbezug der Bevölkerung zu gewährleisten, interessiert uns. Und: Es wurde eine Gesellschaftsstudie erstellt, die aufzeigt, dass die Bevölkerung sehr gespalten ist, was das Vertrauen ins Verfahren betrifft. Wir wollen wissen, wie der Regierungsrat mit der zunehmenden Polarisierung umgeht. Auf die Antworten sind wir gespannt.

Hier ist die Interpellation abrufbar: www.ag.ch/grossrat/grweb/de/195/Detail%20Geschäft?ProzId=3698873

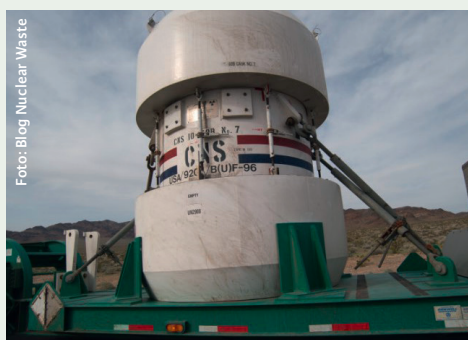


Foto: Blog Nuclear Waste

KOMMENTAR



Sachplanverfahren am Schlingern

Das UVEK wurde schon vor vielen Jahren gewarnt, dass der Prozess im Sachplanverfahren geologische Tiefenlager absturzgefährdet sei. Aber in Bern schenkte man diesen Warnungen kein Gehör und liess die für den Sachplan Verantwortlichen weiter wursteln. Das Ergebnis ist ein immer massiverer Widerstand gegen die Pläne der Nagra, der einmal mehr dort hinführen dürfte, wo die bisherigen Suchprozesse landeten: im Nirgendwo!

Bei den Verantwortlichen des Sachplanverfahrens müssten die Alarmglocken läuten: Die Hälfte der Bevölkerung zweifelt nach einer von den Kantonen in Auftrag gegebenen Studie von 2016 daran, dass das Auswahlverfahren bei der Suche eines Standorts für radioaktive Abfälle fair und objektiv sei. Und die Kritik am manipulierten Verfahren wird immer lauter. So wählte die Nagra gerade die zuvor festgelegten Standorte für die Weiterbearbeitung aus: das Zürcher Weinland und den Bözberg. Ein Desaster, was die Vertrauensbildung angeht. Doch dies scheint die Verantwortlichen des Verfahrens, Nagra, Bundesamt für Energie und Sicherheitsbehörde ENSI, nicht zu kümmern. Stur und unbeirrt steuern sie auf eine gesellschaftliche Konfrontation zu und versuchen ihr Projekt gegen alle Widerstände und wider jegliche Vernunft durchzuboxen. Die Fehler mehren sich und nähren den Widerstand, auch in den eidgenössischen wie kantonalen Räten, wie die Interpellationen von Elisabeth Burgener und Max Chopard-Acklin im aargauischen Grossen Rat zeigen. Man fühlt sich an die Endphase kurz vor dem Absturz des Projektes am Wellenberg erinnert. Kein gutes Zeugnis für die Verantwortlichen in Wettingen, Brugg und Bern!

Der Geologe und Entsorgungsspezialist Marcos Buser führt das Institut für nachhaltige Abfallwirtschaft INA GmbH in Zürich. Siehe auch den Blog von Marcos Buser und dem Geologieprofessor Walter Wildi www.nuclearwaste.info.

KOMMENTAR



10. Kommunalpolitische Tagung

Diesen Frühling führen wir zum 10. Mal die Kommunalpolitische Tagung durch. Abgerundet wird dieser Anlass mit einer kleinen Wahlfeier zu den grandiosen Wahlsiegen der SP in Gemeinden und Städten vom letzten Jahr.

Die zwei Mal jährlich im Grossratsgebäude in Aarau stattfindende Tagung ist zu einem festen Bestandteil unserer Agenda geworden. Hier trifft die Fachexpertin auf das Parteisekretariat, der Fraktionspräsident auf die Einwohnerrätin, die Stadträtin auf den Grossrat, das Kommissionsmitglied auf den Regierungsrat, das SP-Mitglied auf den Gemeindeammann und das Parteipräsidium auf den Gast. Sich informieren, debattieren und in einem gemütlichen und kulinarischen Rahmen auszutauschen, das steht im Zentrum.

Bildung zu «geniessen» und dabei neben Fakten und Ideen auch Menschen mit einer vergleichbaren politischen Grundhaltung kennen zu lernen, wird geschätzt. Neue Handlungsmöglichkeiten für die eigene Arbeit in der Gemeinde zu entdecken und die Fähigkeit zu schärfen, soziale, ökonomische und ökologische Folgen des eigenen Tuns abzuschätzen, sind wichtige Ziele der Tagung.

Konrad Paul Liessmann, österreichischer Philosoph und Literaturkritiker, sagte an einer Versammlung der SPÖ: «Eine Partei wie die Sozialdemokratie, der es nie nur um Wahlerfolge dank billiger Schlagworte und charismatischer Personen geht, sondern um die grundlegende Frage, wie sich die Gesellschaft insgesamt entwickeln soll, kann auf die Grundierung und Durchdringung ihrer Arbeit nicht verzichten.»

In diesem Sinn freuen wir uns auf weitere spannende Tagungen.

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Aargau

KOMMUNALPOLITISCHE TAGUNG VOM 10. MÄRZ 2018

Immer mehr alte Menschen – neue Herausforderungen für die Care-Arbeit

DIE «BABYBOOMER»-GENERATION KOMMT INS DRITTE LEBENSALTER UND TRÄGT DAZU BEI, DASS KEINE ANDERE ALTERSGRUPPE SCHNELLER WÄCHST ALS DIESE.



Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Nationalrätin. Sie ist in verschiedenen sozialen Institutionen und Vereinen engagiert.

ZUDEM WERDEN DIE MENSCHEN IMMER ÄLTER.

Bereits heute machen die über 60jährigen 13 Prozent der Weltbevölkerung aus, bis 2050 soll der Anteil laut den Schätzungen der Vereinten Nationen auf 25 Prozent steigen. In Europa ist der Anstieg am höchsten (Aargauer Zeitung vom 3.1.2018). Auch die Schweiz ist mit neuen und grossen Herausforderungen konfrontiert, da sich der Anteil der älteren Generationen erhöht und derjenige der jungen Menschen zurückgeht. Die Bevölkerung der 65jährigen und älteren Menschen hat von 983 352 im Jahr 1990 auf 1,52 Millionen im Jahr 2016 zugenommen, und auch in Zukunft wird diese Bevölkerungsgruppe stark anwachsen. (Bundesamt für Statistik 2017 «Die Bevölkerung der Schweiz 2016»). Anders ausgedrückt, wächst die Zahl der Rentner_innen bis ins Jahr 2035 um +61 Prozent im Gegensatz zur Erwerbsbevölkerung, die in diesem Zeitraum lediglich um 7 Prozent zunimmt.

Unterschiedliche Bedürfnisse

Von den über 64jährigen Menschen sind laut dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG rund 35 Prozent in ihren Aktivitäten wie Haushaltsarbeiten, Einkaufen eingeschränkt, und rund 10 Prozent haben auch Mühe bei Alltagsaktivitäten wie aufstehen, sich anziehen, Körperpflege. Je älter die Menschen werden, umso mehr nehmen die Einschränkungen zu. Die Unterstützungsleistungen müssen sich auf die verschiedenen Alters- und Befindlichkeitsgruppen beziehen, denn der Bedarf unterscheidet sich, ob jemand

noch im jungen und autonomen oder bereits im fragilen oder sogar im abhängigen Alter steht.

Neue Lösungen

Da es flächendeckende Angebote für Pflege- und Betreuungsleistungen braucht und deren Finanzierung kostet, wird deutlich, dass die Care-Arbeit mit Seniorinnen und Senioren eine immer höhere Wichtigkeit erlangt. Diese stellt Familien, Gemeinden, Kantone und den Bund vor neue Herausforderungen. Es braucht Modelle für die soziale Absicherung der unbezahlten privaten Care-Arbeit, und neue Generationenprojekte müssen entwickelt und umgesetzt werden. Warum nicht die Förderung von Generationen-Siedlungen? Die ältere Bevölkerung bringt nicht nur neue Herausforderungen mit sich, sondern ist auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor gerade im Bereich der Gesundheits-, Reise- und Freizeitindustrie. Und nicht zu unterschätzen ist der grosse Wert, den ältere Personen auch nach der Pensionierung in die Arbeitswelt einbringen können. Sei dies mit Mentoring-Programmen für Jugendliche oder mit Wissensvermittlung für Nachwuchskräfte. Dafür braucht es als Partner die Wirtschaft. Doch bei allen Ideen ist es wichtig, wo nötig die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen und aktive innovative Ideen personell und finanziell zu unterstützen.

An der Kommunalpolitischen Tagung zur Care-Arbeit werde ich auf die Herausforderungen eingehen, die sich aus der zahlenmässigen Entwicklung der älteren Bevölkerung auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene ergeben.

GROSSMÜTTER**REVOLUTION**

Ein gutes Leben für Hochaltrige braucht Raum

DIE GROSSMÜTTERREVOLUTION (WWW.GROSSMUETTER.CH) IST EINE BEWEGUNG VON FRAUEN IM PENSIONSALTER – VIELE VON IHNEN SETZEN SICH SEIT DEN 68ER-JAHREN FÜR FRAUENANLIEGEN IM GESELLSCHAFTLICHEN KONTEXT EIN. WIR VERSTEHEN UNS ALS THINK TANK UND ENGAGIERTES SPRACHROHR FÜR DIE BELANGE ALTER MENSCHEN, ALSO AUCH FÜR UNSERE EIGENEN.

Hochaltrigkeit – die Fragen

2015 erschien unsere Studie «Care-Arbeit unter Druck» mit Kurzfassungen und Empfehlungen für ein gutes Leben im hohen Alter. Wir fragen: Welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen erfüllt sein, damit Lebensqualität und Lebenssinn im hohen Alter erhalten werden können? Wie soll eine Gesellschaft mit einem grossen Anteil an Hochaltrigen gestaltet werden? Wie ist ein gutes Leben im hohen Alter möglich, auch dann, wenn der Mensch bedürftig geworden ist?

Die Empfehlungen

1. Pflegefinanzierung: Die Trennung von Pflege und Betreuung ist auf dem Hintergrund der Lebens- und Pflegequalität zwingend zu überdenken (KLV Artikel 7).
2. Ausreichende Zeitbudgets für Demenzerkrankte und Palliative Care. Ganzheitliche Betreuung am Ende des Lebens braucht mehr als Pflegeleistungen.
3. Sicherung der Ergänzungsleistungen: Sie sind unabdingbarer Bestandteil der bisher erfolgreichen Alterspolitik und ermögli-

chen besonders Frauen mit kleinen Renten den Zugang zu einer guten Versorgung.

4. Ambulante Versorgung nicht auf Pflege reduzieren: Es braucht eine ausreichende öffentliche finanzielle Unterstützung von sozialen und hauswirtschaftlichen Leistungen in der ambulanten Versorgung von Hochaltrigen.
5. Ein Anreizsystem für die Langzeitpflege: Damit die Langzeitpflege langfristig gesichert ist, braucht es gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung, welche diese anspruchsvolle Arbeit auch angemessen entlohnt.
6. Care-Migrantinnen legalisieren: Die in Privathaushalten arbeitenden Care-Migrantinnen sollen zu korrekten Arbeitsbedingungen angestellt, auf ihre Aufgabe vorbereitet und über ihre Rechte und Pflichten orientiert werden.

Wir setzen uns ein – laut und mit Nachdruck! Die grossmütterRevolution ist eine Ein-Themen-Bewegung, keine Partei und kein Verein. Das verleiht uns Schwung und hohe Sichtbarkeit. Ob Demonstrationen oder Vernehmlassungen, ob lustvolle Aktionen oder

Impulse zur Entstehung einer Gesellschaft, die Care in allen Aspekten integriert hat – da sind wir Expertinnen. Natürlich stehen wir auch im Dialog mit anderen Akteurinnen, welche sich für die gesellschaftliche und institutionalisierte Solidarität von Arm und Reich, von Alt und Jung in unserer Gesellschaft einsetzen.

Die Historikerin mit Schwerpunkt Alltags- und Geschlechtergeschichte Heidi Witzig von Winterthur engagiert sich seit Beginn in der grossmütterRevolution, bei den Klimaseniorinnen und betreut mit Freude einen Tag in der Woche ihre Enkelkinder.



KOMMENTAR



Die Poststellen müssen bleiben!

Nachdem Elisabeth Burgener vor einem Jahr die geplanten Poststellenschliessungen mit einem Postulat im Grossen Rat thematisiert hat, wurden von euch zahlreiche Unterschriften für unsere Petition «Unsere Post muss bleiben» gesammelt. Im Sommer bis in den Herbst 2017 hinein wurden in verschiedenen Gemeinden fleissig Unterschriften gesammelt, und das Thema wurde in den Kommunalwahlkampf eingebunden. Trotz dem enormen Einsatz auf der Strasse und im Grossen Rat, trotz der Unterstützung durch Regierungsrat und eidgenössische Räte scheint die Post an ihren geplanten 43 Schliessungen im Kanton Aargau festhalten zu wollen.

Als ein weiteres Instrument hat die SP-Fraktion nun zu Jahresbeginn in der ersten Grossratssitzung vom 9. Januar 2018 eine Standesinitiative gegen die Poststellenschliessungen eingereicht. Andere Fraktionen unterstützen die Antragstellung nicht und verpassen damit die Chance, die Gemeinden und den Service public zu stärken. Mit der Überweisung der Standesinitiative würde der Bundesrat als Eigner der Post aufgefordert, ein Moratorium gegen die Schliessung der Poststellen zu veranlassen, bis eine konzeptionelle Netzplanung vorliegt. Andere Kantone wie Basel-Stadt, Basel Landschaft, Tessin, Wallis und Jura haben bereits Standesinitiativen überwiesen – meist mit breitem politischem Support. Trotz der Enttäuschung, keine weiteren Fraktionen für unser Anliegen gewinnen zu können, hoffen wir nun auf die breite Unterstützung des Ratsplenums, denn eins steht für uns fest, **UNSERE POSTSTELLEN MÜSSEN BLEIBEN!**

Julia Hoppe von Herznach ist politische Sekretärin der SP Aargau.

Wem nützt No Billag?

DER MEDIENPROFI UND LANGJÄHRIGE SRF-KRITIKER ROGER SCHAWINSKI ZEIGT IN EINEM INFORMATIVEN UND SEHR LESBAREN TASCHENBUCH ZUR ABSTIMMUNG VOM 4. MÄRZ AUF, WIE DIE SRG BEI VIELEN ZUM HASSTHEMA WERDEN UND WIE ES ZUR BIERIDEE* NO BILLAG KOMMEN KONNTE UND WELCHE FOLGEN DIESE HABEN KÖNNTE, WER VON IHR PROFITIEREN WÜRDTE UND WELCHE WIRKUNG AUF UNSER LAND UND UNSERE DEMOKRATIE ABSEHBAR IST.



Katharina Kerr von Aarau
ist Redaktorin links.ag.

Roger Schawinski hat die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG und ihr selbstherrliches Management nie mit Kritik verschont. Seit dem Start seines im November 1979 vom italienischen Pizzo Groppe aus in die Schweiz gesendeten Radio 24 bemühte sich der frühere «Tat»-Chefredaktor und «Kassensturz»-Erfinder um eine Liberalisierung der schweizerischen elektronischen Medienlandschaft. Und sparte nicht mit Kritik am Njet des Bundes, der bis in die 80er Jahre keine privaten Radio- und Fernsehsender im Land haben wollte und danach die Macht der SRG verbissen durch Ausbau zu festigen suchte.

Die SRG abschaffen wollte Schawinski aber nie. Als er im vergangenen Oktober von der damals hohen Zustimmung zu No Billag vernahm, beschloss er, mit einem Buch gegen diese Initiative tätig zu werden. Am 6. Januar 2018 lag das schmale Werk vor. In vier Kapiteln kommt er zur Sache: «No Billag kann die Schweiz stärker verändern als jede andere Abstimmung seit Generationen.» Entgegen den Beschwichtigungen der Befürworter kann diese klar formulierte Initiative nämlich nicht wie andere vom Parlament abgeschwächt werden. Denn der Initiativtext ist klar: «Der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte dürfen keine Empfangsgebühren erheben.» Und ohne diese 1,2 Milliarden im Jahr

geht nichts bei der SRG. Werbeeinnahmen des nationalen Fernsehens in einem Land, in dem ausländische Sender einen Marktanteil von über 60 Prozent haben – zum Vergessen. Ein Land mit 8 Millionen Wohnbevölkerung und vier Landessprachen kann auch nicht billig mit Information, Kultur und Unterhaltung versorgt werden. Heute finanziert die SRG in der Deutschschweiz als Marktführerin nur einen Drittel der Kosten mit Werbeeinnahmen, im Tessin gar nur 10 Prozent. Der «Rest» geht auf die Gebühreneinnahmen.

Bei einem Ja blieben noch billige Reality-Sendungen – oder die Übernahme durch politisch und ideologisch interessierte Finanzmächte. Schawinski: «Ausser Christoph Blocher sehe ich niemanden, der ein solches Risiko eingehen könnte.» Fox News mit fake news statt Information: «In nicht-westlichen Ländern ohne robuste Medienlandschaft geht es bei Falschmeldungen brutal direkt um die Verteilung der politischen Macht»**.

Jedoch: Die SRG, dieser «Koloss auf tönernen Füßen» muss auch bei einem Nein über die Bücher gehen. Auch die günstige SRG hat Sparpotenzial. Und die SRG hat ein Imageproblem, entstanden aus etlichen früheren Fehlern wie dem Beharren auf dem Monopol. Transparenz statt Selbstbeweihräucherung ist hier gefragt. Und anderes mehr. Vorerst muss die No-Billag-Initiative aber abgelehnt werden. Da müssen auch wir bis zuletzt um jede einzelne Stimme kämpfen.

* Die Initiative wurde von drei rechtsstehenden Jungpolitikern bei einem Bier formuliert: «Die No-Billag-Initiative war eine Bieridee», Tages Anzeiger, 2. Januar 2018, und Schawinski S. 25 f., Rechtsbürgerliche versuchen aber schon seit vielen Jahren, die SRG ideologisch umzudrehen und zu schwächen.

** Adrienne Fichter: „Rausgewunden“, Republik 18.1.18
Roger Schawinski: No Billag? Die Gründe und die Folgen. 176 Seiten, 12 Franken, Wörterseh-Verlag, Januar 2018

AGENDA

13. Februar 2018, 19 Uhr, Volkshaus,
Bachstrasse 43, Aarau
Themenabend SP Frauen*

4. März 2018
Abstimmungssonntag

7. März 2018, 19 Uhr, Volkshaus,
Bachstrasse 43, Aarau
Treffen 60+

10. März 2018, 8.30 – 14 Uhr, Grossrats-
gebäude Aarau
Kommunalpolitische Tagung zum Thema
«Care-Arbeit»

17. März 2018, 12 Uhr, Stapferhaus Lenzburg
Besuch der Heimatausstellung, Anmeldung
über das Sekretariat

27. März 2018, 19 Uhr, Oberentfelden
ao. Parteitag

24. April 2018, 19 Uhr, Volkshaus,
Bachstrasse 43, Aarau
Parteirat

1. Mai 2018 Tag der Arbeit.
Maifeiern an verschiedenen Orten

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43,
Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch
Erscheint 6 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3255
Redaktion: Katharina Kerr,
katkerr@katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe:
22. Januar 2018
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
23. April 2018
Erscheinen nächste Ausgabe:

4. Mai 2018

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Silvio
Bircher, Pascale Bruderer, Elisabeth Burgener,
Marcos Buser, Max Chopard-Acklin, Sandro
Covo, Yvonne Feri, Jonas Hasenfratz, Julia
Hoppe, Katharina Kerr, Thomas Leitch, Esad
Sadikovic, Heidi Witzig.

ABSTIMMUNGEN VOM 4. MÄRZ 2018 PAROLEN DER SP AARGAU

BUND

- Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue Finanzordnung 2021: JA
- Volksinitiative vom 11. Dezember 2015 «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» (Abschaffung der Billag-Gebühren): NEIN

KANTON

- Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz, StipG), Änderung vom 7. November 2017: NEIN